

Mehreinnahmen für die Schweiz statt fürs Ausland JA zur Umsetzung der OECD-Mindeststeuer

Um was geht es?

- Rund 140 Staaten haben sich im Rahmen der OECD auf die Einführung einer globalen Mindeststeuer für Grossunternehmen geeinigt.
- Internationale Unternehmen mit einem Umsatz von über 750 Millionen Euro sollen zu mindestens 15 Prozent besteuert werden.
- Hält ein Land die Mindestbesteuerung von 15 Prozent nicht ein, können gemäss den OECD-Regeln andere Staaten die fehlende Besteuerung abschöpfen.
- Die EU führt die OECD-Mindeststeuer auf 1. Januar 2024 ein.
- In der Schweiz liegt die Steuerbelastung vieler Unternehmen unter 15 Prozent. Es braucht deshalb eine Ergänzungssteuer für die betroffenen Unternehmen. Bundesrat und Parlament haben dafür einen neuen Verfassungsartikel erarbeitet. Mit der nationalen Umsetzung der Mindeststeuer wird sichergestellt, dass die Steuergelder in der Schweiz bleiben.
- Die obligatorische Volksabstimmung dazu findet am 18. Juni 2023 statt.

Steuereinnahmen müssen hierbleiben

- Will die Schweiz nicht freiwillig Steuereinnahmen ans Ausland verschenken, braucht es eine Schweizer Ergänzungssteuer.
- Bezahlen müssen die betroffenen Unternehmen die Ergänzungssteuer sowieso – wenn nicht hier, dann im Ausland.
- Rund 200 international tätige Schweizer Grossunternehmen und 2000 hier ansässige ausländische Firmen sind von der Mindeststeuer betroffen. Für viele resultiert eine Steuererhöhung.
- Die Mehreinnahmen werden grob auf 1-2.5 Milliarden Franken geschätzt und zwischen Bund und Kantonen geteilt.
- 75 Prozent der Einnahmen bleiben in den Kantonen, 25 Prozent fliessen an den Bund.
- Der bewährte nationale Finanzausgleich sorgt dafür, dass alle Kantone fair von den Mehreinnahmen profitieren.

Gezielt in die Attraktivität der Schweiz investieren

- Viele grosse, international tätige Firmen haben ihren Hauptsitz in der Schweiz. Dank ihnen sind die Gewinnsteuereinnahmen des Bundes stetig angestiegen, im laufenden Jahr sind es rund 14 Milliarden Franken. Das ist mehr als die Privathaushalte an die direkte Bundessteuer beitragen.
- Mit der OECD-Mindeststeuer verliert die Schweiz den Standortvorteil der tiefen Steuern, der für die Ansiedelung vieler Firmen gesorgt hat. Der Standortwettbewerb der Staaten um die ertragsstarken Firmen geht jedoch weiter.
- Die Kantone können mit den Mehreinnahmen dafür sorgen, dass die Schweiz weiterhin ein attraktiver Standort für Firmen bleibt. Davon profitieren wir alle über gute und sichere Arbeitsplätze, zudem sichert dies den hohen Beitrag der Firmen zur Finanzierung von öffentlichen Leistungen etwa im Bildungs- und Sozialbereich.

Freiwillig auf Steuereinnahmen zu verzichten und diese ans Ausland zu verschenken, wäre töricht. Damit das Geld in der Schweiz bleibt, empfehlen Bundesrat, Parlament und die Kantone am 18. Juni 2023 ein klares JA.